Kritik an Vattenfalls Rückbauplänen

Atomkraftgegner geben knapp 800 Einwendungen gegen die Stilllegungspläne ab

von Michaela Reh

Brunsbüttel - Betreiber Vattenfall hat Ende 2012 den Rückbau des Atomkraftwerkes Brunsbüttel beantragt. Jetzt haben die Verfahrensunterlagen zwei Monate lang im Stadtbauamt ausgelegen.

Gestern war der letzte Tag, an dem die umfangreichen Papiere eingesehen werden konnten. Atomkraftgegner Dr. Rarsten Hinrichsen aus Brokdorf hat aus diesem Anlass gemeinsam mit dem Steinburger Landtagsabgeordneten Bernd Voß (Grüne) und weiteren Mitstreitern eine Sammeleinwendung gegen das Vorhaben des Energiekonzerns in der Stadtverwaltung abgegeben. Insgesamt 731 Bürger haben unterschrieben. Andreas Panzlau aus dem Wendland hat zusätzlich 33 Einwendungen eingereicht.



Haben gestern insgesamt knapp 800 Einwendungen gegen die Rückbaupläne Vattenfalls abgegeben: Dr. Karsten Hinrichsen (vorne links) und Grünen-Landtagsabgeordneter Bernd Voß.

Atomkraftgegner, die ihre Kritik am Rückbau eines Atommeilers äußern klingt **Z**11 nächst paradox. "Ist es aber nicht", sagt Hinrichsen. Stilliegung des Kraftwerkes befürworte er natürlich generell, nicht aber die konkreten Pläne Vattenfalls, wie der ablaufen soll. Rückbau Antragsunterlagen "Die enthalten furchtbare Aussagen", so Hinrichsen. So seien die beantragten Emissionswerte für radioaktive

Stäube extrem hoch. "Demnach wäre die radioaktive Belastung der Umwelt über den Kamin des Meilers mindestens zehn Mal so hoch wie während des Betriebs." Damals, als im Kernkraftwerk noch Strom produziert worden ist, habe Vattenfall vielleicht noch ein Interesse daran gehabt, nicht zu viel radioaktiven Abfall zu produzieren: "Damit der Konzern von TÜV und Aufsichtsbehörde möglichst in Ruhe gelassen wurde." Heute sei dem Energieunternehmen vor allem daran gelegen, den Rückbau so billig wie möglich zu machen. Anders könne man die hohe Emissionswerte nicht erklären. "Sie lassen sich nämlich relativ einfach reduzieren, indem man beispielsweise spezielle Filter einbaut." Weiterer Kritikpunkt von Dr. Rarsten Hinrichsen: "Die beabsichtigte radioaktive Freisetzung in die Elbe wird gar nicht beziffert." Deshalb wirft er dem Stromkonzern vor, sich einen "Freibrief ausstellen lassen zu wollen, um Lagerkapazität einzusparen. "Die Umwelt wird dabei als billige Entsorgungsmöglichkeit missbraucht."

Im Jahr 2014 hat Vattenfall im Zuge der Rückbauplanung den Bau eines Zwischenlager offiziell Zwischenlager für Abfälle mit vernachlässigter Wärmewirkung (Lasma) beantragt. Dort sollen schwach- und mittelradioaktive Stoffe eingelagert werden, die vor allem aus dem Rückbau des Kernkraft Werkes stammen. "Uns fehlen hierfür ein Gesamtkataster und

konkrete Angaben, wie lange der strahlende Müll dort lagern soll." Den Grünen ist es außer dem wichtig, dass das Lager ausschließlich für Müll aus Brunsbüttel verwendet wird. Es dürfe kein überregionales Rückbauzentrum entstehen.

Hinrichsen fordert weiterhin, dass im Fall des Rückbaus die sogenannte Freimessungsgrenze für vormals belastetes Material um mindestens 50 Prozent gesenkt wird. "Sonst landet immer noch radioaktiv belasteter Stahl, der freigemessen wurde, letztendlich bei uns Zuhause: Vielleicht als Zahnspange im Mund oder als Kochtopf in der Küche."

Über alle vorgebrachten Einwendungen soll am 6. Juli öffentlich im Elbeforum diskutiert werden. Über den Stilllegungsantrag will das Ministerium dann in der zweiten Jahreshälfte entscheiden.